

Bundesbetroffeneninitiative wohnungsloser Menschen e.V.  
Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V.

Eingegangen  
07. Nov. 2003  
Erh. ... *R* ...

Ministerpräsident Roland Koch  
Hessische Landesregierung  
Staatsministerium  
Postfach  
65183 Wiesbaden

Postfach 100 424  
50444 Köln  
Fax/Tel. 0221/52 10 01

2.11.03

**Unser Protest gegen Ihre Aktion „Sichere Zukunft“**

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Koch,  
die Bundesbetroffeneninitiative Wohnungsloser Menschen (BBI) e.V. hat sich am 27.9.03 in Frankfurt zu einer Vorstandssitzung getroffen. Wir waren über 20 Personen. Aus gegebenem Anlass lagen uns auch Ihre Sparabsichten vor.

Mit Erstaunen mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass Sie in gnadenloser Manier die sozialen Interessen der mit am meisten gefährdeten Personengruppen ignorieren, sowie die Existenz von sozialen Hilfen in breitem Umfang gefährden. Ihre Aktionen sind weder im Sinne von Kindern, von Familien etc., noch dienen sie der Minderung von Gewalt. Mit verantworteter Politik in Hessen haben sie nichts mehr zu tun. Ihre Beschlüsse werden bewirken: Zunahme der individuellen Gewalt, des kollektiven Rückzugs der Bevölkerung gegenüber der Politik und Zunahme der sozialen Exclusion.

Jetzt haben Sie im Landtag erklären lassen, die Arbeit der einzelnen Initiativen sei nicht gefährdet. Wir haben uns jahrelang besonders mit der LAG Soziale Brennpunkte Hessen e. V. gemeinsam bemüht, die Entwicklungschancen von obdachlosen Kindern/Jugendlichen wie deren Familien in den Randgebieten der Städte zu verbessern. Dazu gehört auch die organisatorischen und inhaltlichen Voraussetzungen einer sinnvollen Brennpunktarbeit auf Landesebene zu schaffen. Daran hat die LAG Hessen gearbeitet, mit Erfolg. Wenn Sie Kindern und Jugendlichen vor allem gegenüber fair bleiben wollten, stützen Sie die Projekte der Armutsbekämpfung wie gleichzeitig die Konzeption der LAG.

Wir schliessen uns den energischen Protesten der Gewerkschaften, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Initiativen der Betroffenen ohne Einschränkung an und fordern Sie, Ihre Landesregierung und die politischen Parteien im Hessischen Landtag auf, die Streichungen zurückzunehmen.

Wir stellen unseren Brief den beteiligten Parteien, Institutionen und der Öffentlichkeit gleichfalls zu.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie uns Ihren sozialpolitischen Kurs in Hessen aktuell und in der „sicheren Zukunft“ näher erläutern könnten.

Für den Vorstand der BBI

*A. Lutz*  
i. A. Anna Lutz, Schriftführerin

gez. Anna Lutz, Rolf Bünger, Wolfgang Jeckel, Wolfgang Ladwein, Heinz Czaplowski, Roland Saurer, Karlheinz Frey, Eberhard Schwarzbach, Biggy Hartung, Ulrich Schulz, Dagmar Berndt, Willi Rosenberg, Steffen Harms, Dirk Adam, N. Hotop u. a.